

Neugier und Verantwortung

Grüne Forschungspolitik

16-144

Spannend: Grüne Forschungspolitik im Dialog

Wir leben in einer Wissensgesellschaft. Wissenschaftliche Erkenntnisse bestimmen unser Leben: Heute kann nahezu kein wichtiges gesellschaftliches Problem mehr ohne die Ergebnisse aus vergangener oder aktueller Forschung gelöst werden. Das gilt für den Klimawandel genauso wie für die demografischen Veränderungen oder den Umgang mit dem Rohstoffmangel. Und auch die Wirtschaft stützt sich auf immer intensivere Forschungsaktivitäten. Große Teile der Bevölkerung wissen um die positiven Wirkungen von Forschung für die Gestaltung unserer Zukunft. Deutschland als Wissenschaftsstandort genießt international hohes Ansehen. Gleichzeitig will eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern mehr wissen über die Auswirkungen, die dieser Fortschritt auf Umwelt und Gesellschaft hat. Wissenschaft wird kritischer beobachtet und hinterfragt – die Öffentlichkeit fordert Erklärungen und möchte sich aktiv an Diskursen beteiligen.

Neugier ist seit jeher eine zentrale Tugend des Forschens. Wir wollen mit unseren forschungspolitischen Ansätzen Neugier fördern und gleichzeitig verantwortungsvolles Handeln für die Gesellschaft stärken. Ziel grüner Forschungspolitik ist es, eine Balance zwischen der Notwendigkeit von Fortschritt und dem Bedürfnis nach Sicherheit zu schaffen.

Im Namen der Verantwortung fordern wir nicht pauschal die Ausweitung von Vorschriften. Uns liegt viel daran, die Selbstorganisationskräfte der Wissenschaft zu stärken. Forschungspolitik muss sich zurücknehmen, wo sie Überbürokratisierung erzeugt. Sie sollte da kreativ werden, wo sich neue Wege eröffnen. Wenn es um den Einsatz öffentlicher Gelder und die Beachtung ethischer und moralischer Werte in der Gesellschaft geht, muss Forschungspolitik sich verantwortlich zeigen. Dafür stehen wir. Forschungspolitik kann nur in einem offenen und kritisch geführten Dialog gelingen. Dazu gehört für uns auch der Austausch über Grenzen der Forschung und das klare Benennen von Verantwortlichkeit. Mit dieser Broschüre geben wir unseren Anstoß für diesen Dialog.

Im Altertum wurde Neugier als ein Laster betrachtet, als unzulässiges Überschreiten der den Menschen natürlich gesetzten Grenzen. Seit Mitte des 18. Jahrhunderts gilt sie indes als eine Tugend. Sie wird als die treibende Kraft der Forschung bewundert: Neugier gibt sich nicht mit der Beherrschung des alten Wissens zufrieden, Neugier zerstört traditionelle, überkommene Werte. Dabei erhöht sie das Tempo der Veränderung und stellt so die Anpassungsfähigkeit selbst der beweglichsten gesellschaftlichen Institutionen auf die Probe. Neugier formt immer wieder eine in materieller und geistiger Hinsicht neue Welt.

Sie ist und bleibt der wichtigste Ursprung des Forschungsgeistes. Dabei braucht Neugier Freiräume. Wichtige Impulse für Entdeckungen und Erfindungen sind selbst entwickelte Fragen. Faszinierend ist es, wenn aus diesen Forschungsfragen wissenschaftliche Erkenntnisse wachsen und umgesetzt werden.

Es hat niemals eine Gesellschaft gegeben, die der Neugier unbeschränkte Vorfahrt eingeräumt hat. Auch in modernen Gesellschaften – in denen Freiheit von Forschung und Wissenschaft ein hoher Stellenwert eingeräumt wird – ist klar, dass kopfüber betriebene Neugier keinen Freifahrtschein hat.

Neugier ist wie eine Lokomotive, die unaufhaltsam nach vorne eilt. So wie die Schienen der Lokomotive die Fahrt vorgeben, so soll die Verantwortung der Neugier die Richtung weisen. Damit Neugier positive Wirkungen entfalten kann, muss sie von gesellschaftlicher Verantwortung geleitet werden. Deswegen haben wir uns erfolgreich für die Stärkung der Technikfolgenabschätzung eingesetzt. Wir wollen, dass neue Technologien schon in ihrer Entwicklung öffentlich erklärt und diskutiert werden.

Neben Neugier und Kreativität als treibenden Kräften gehört der Wettbewerb zu einem produktiven und leistungsfähigen Wissenschaftsbetrieb hinzu. Allerdings wirken ökonomische Interessen und Zwänge auf Forschung und Forschungspersonal mitunter so stark, dass die Redlichkeit dieser Menschen in Gefahr gerät. Ethische Grundsätze wie Menschenwürde, Menschenrechte und der Schutz der Umwelt, geben Forschung

ebenfalls einen Rahmen vor. Forschungsinteressen und ihre Grenzen müssen deswegen immer wieder konkretisiert und gegeneinander abgewogen werden.

Neben der Wissenschaft selbst fällt diese Aufgabe vor allem der Politik zu. Wo braucht Forschung ethische Grenzen, wo setzt sie sich eigene? Wie kann ein Diskurs über Grenzen der Forschungsfreiheit und das Verhältnis zwischen ethischen Normen und Forschungsentwicklung transparenter gemacht werden? Wie kann er auf eine breitere gesellschaftliche Basis gestellt werden?

Die Spannung zwischen ethischen Normen und den neuen Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik müssen wir aushalten – auch in schwierigen Sachdebatten. Die Politik hat die Aufgabe, im demokratischen Verfahren Regeln zu formulieren. Regeln, die den Konflikt wenn nicht lösen, so doch handhabbar machen. Die Wissenschaft wird diese immer wieder in Frage stellen und ist dafür der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihr Vorgehen und Anliegen schuldig. Grüne Forschungspolitik will der Forschung ihren Raum geben und dabei die Bindung an gesellschaftliche Debatten und ethische Prinzipien stärken.

Um die Leistungsfähigkeit der Forschung in Deutschland für die Zukunft zu sichern und zu stärken, sind erhebliche Investitionen notwendig. Der Anteil der Mittel für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt zeigt dies deutlich: Die Ausgaben liegen noch immer unter den seit Jahren angestrebten drei Prozent. Ein enormer Aufholbedarf besteht auch in den Bereichen frühkindliche Bildung, Schulen und Hochschulen. Ohne ein leistungsfähiges Bildungssystem kann es keine leistungsfähige Forschung geben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Forschungs- und Bildungspolitik wieder eine höhere Priorität auf der politischen Agenda bekommen.

„Gute Forschung braucht Freiheit, aber auch klare Regeln und Grenzen. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, sich über diese immer wieder neu zu verständigen.“

Priska Hinz MdB

ist Sprecherin für Bildungs- und Forschungspolitik

Neugierig: Den Forschungsgeist fördern

Verantwortungsvolle Forschungspolitik beginnt damit, den Entdeckergeist junger Menschen zu stärken, mit dem sie sich die Welt erschließen. Auch hier müssen Gleise verlegt und in Schuss gehalten werden. Dann kann die stetige Neugier von Kindern Fahrt aufnehmen und ein Leben lang tragen.

Wichtig ist, schon in jungen Jahren eine positive Fehlerkultur zu entwickeln. Kinder müssen Fehler machen dürfen und Wege beschreiten, die sich als Sackgassen herausstellen. Forschungsprozesse sind im späteren Leben nur selten geradlinig. Dagegen bringen Umwege und Zufälle häufig die interessantesten Neuerungen. Kinder brauchen „Spiel“-Räume. Ihre Fragen müssen ernst genommen werden. Sie müssen beobachten, entdecken und sinnlich erfahren können. Kinder im Vorschulalter begeistern sich für Experimente mit der belebten und unbelebten Natur. Jenen Entdeckergeist zu fördern und zu begleiten, ist die Aufgabe von Erzieherinnen und Erziehern. Wir wollen deshalb ihre Bildungskompetenz in der Aus- und Fortbildung stärken. Für einen Teil des Personals streben wir auch eine höher qualifizierte Ausbildung an.

Das deutsche Schulsystem schafft es oft nicht, kindliche Neugier zu erhalten oder zu wecken. Vor allem der naturwissenschaftliche Unterricht steht immer wieder in der Kritik. Der fehlende Alltagsbezug oder Experimente nach Rezept führen zu Langeweile. Der Unterricht muss methodisch anspruchsvoller werden, Kinder müssen mehr Zeit zum Ausprobieren haben. Wir wollen daher die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern verbessern: Mit veränderten Unterrichtsmethoden gelingt es auch, Mädchen häufiger für Naturwissenschaften und Technik zu begeistern. Durch eine bessere Kooperation von Schulen und Hochschulen kann das Interesse am forschenden Lernen insgesamt gestärkt werden.

„Kinder sind voller Neugier und Entdeckergeist. Diese Fähigkeiten gilt es möglichst früh zu fördern und zu unterstützen.“

Krista Sager MdB ist stellv. Fraktionsvorsitzende

Berufen: Von Wissenschaft leben

Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft benötigen qualifizierten Nachwuchs für Fortschritt und Wachstum. Wissenschaft als Beruf ist aber nicht immer attraktiv, wenn Laufbahnen wenig planbar sind und sichere Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen. Unser Forschungssystem ist stark hierarchisch und durch personengebundene Abhängigkeit gekennzeichnet. Immer noch dominiert das Berufsbild des typischerweise männlichen Wissenschaftlers, der sich einzelkämpferisch auf seine Arbeit stürzt. Frauen haben nicht die gleichen Chancen wie Männer, junge Menschen mit Migrationshintergrund werden frühzeitig abgehängt. Chancengleichheit, Internationalität? Leider nicht selbstverständlich!

Die Einführung der Juniorprofessur war richtig, um eine frühere berufliche Unabhängigkeit zu ermöglichen. Diese Stellen sind noch durch eine von Leistungszielen abhängige, feste Laufbahnzusage zu ergänzen. Auch die Leitung einer Nachwuchsgruppe kann eine frühere wissenschaftliche Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ermöglichen. Die Habilitation wollen wir abschaffen. Auf dem Weg zur Professur erweisen sich Berufungsverfahren nicht selten als langwierig, undurchsichtig und ausschließlich national ausgerichtet. Wir schlagen daher eine Straffung und eine stärkere Beteiligung von internationalen Gutachterinnen und Gutachtern in Berufungskommissionen vor. Weiterhin wollen wir die gleichzeitige Berufung an Hochschule und Forschungseinrichtung fördern. Zudem muss in den Forschungseinrichtungen das Besoldungsrecht verändert werden, um Forscherinnen und Forscher gewinnen oder halten zu können.

Obwohl heute so viele Frauen akademisch gut ausgebildet sind, gibt es verhältnismäßig wenige Forscherinnen. Je höher die Karrierestufe, umso krasser das Missverhältnis. Forschungs- und Institutionsförderung muss deshalb zukünftig an verbindliche Gleichstellungskriterien geknüpft werden. Wir wollen gleichstellungspolitische Ziele durch positive Anreize und verbindliche Kennzahlen umsetzen.

International: Austausch belebt

Neugier ist universell. Sie verbindet Interessen an gemeinsamen Forschungsfragen und legt damit einen Grundstein für internationale Zusammenarbeit. Zwar gelingt es sehr wohl, exzellente Forscherinnen und Forscher in Deutschland zu halten. Zahlreiche wissenschaftliche Talente gehen jedoch ins Ausland: Zu Hause finden sie oft keine attraktiven Arbeitsbedingungen vor. Die im Ausland Tätigen machen dagegen verbesserte Arbeitsbedingungen zu einer Grundvoraussetzung ihrer Rückkehr. Gleiches gilt für die Anwerbung ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Welche Strukturen müssen wir verbessern, um den Forschungsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb zu stärken? Wie können wir dafür sorgen, dass aus der Abwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern („brain drain“) eine internationale Mobilität in alle Richtungen („brain circulation“) wird? Wie kann die Mobilität zwischen Universität und Privatwirtschaft erleichtert werden? Wir brauchen bessere Zuwanderungs- und Integrationsbedingungen. Darüber hinaus sind attraktive Studien-, Beschäftigungs- und Lebensbedingungen unabdingbar. Wir wollen dazu die Gehaltsstruktur in den Wissenschaftseinrichtungen flexibilisieren, das Wechseln zwischen privat und öffentlich finanzierter Forschung erleichtern und Rentenansprüche leichter transportierbar machen. Toleranz und Offenheit, Kinder- und Familienfreundlichkeit sowie eine gute soziale und kulturelle Infrastruktur gehören ebenfalls dazu.

Im Rahmen des Europäischen Forschungsraumes soll ein vielfältiger, offener Arbeitsmarkt entstehen. Das wichtigste Instrument zur Verwirklichung dieses Projektes sind die Forschungsrahmenprogramme. Mit ihnen kann eine angemessene Balance zwischen internationaler Kooperation und Wettbewerb um die besten Ideen etabliert werden. Diese auf mehrere Jahre angelegten Programme müssen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Insbesondere junge Talente und Frauen müssen mehr davon profitieren. Außerdem wollen wir eine gesellschaftliche Debatte über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg, um eine ethisch verantwortliche europäische Forschungspolitik zu stärken.

(Gut) organisiert: Wissenschaft erleichtern

Der Kern der Ausbildung des akademischen und wissenschaftlichen Nachwuchses liegt bei den Hochschulen. Neben guter Forschung braucht es hier eine exzellente Lehre. Eine Grundvoraussetzung dafür ist eine bessere Personalausstattung. Die Hochschulen können nur dann dem höheren Bedarf an gut ausgebildeten Menschen gerecht werden, wenn das Angebot an ausreichend finanzierten Studienplätzen erhöht wird.

Doch es ist auch ein qualitativer Impuls notwendig: Die Einrichtungen müssen Instrumente und Verfahren einführen, um die Qualität in der Lehre zu sichern und zu verbessern. Herausragende und innovative Lehrkonzepte wollen wir im Rahmen eines Wettbewerbs prämiieren und zu einem Teil der Exzellenzinitiative machen. Verpflichtende Qualitätsmanagement- und Evaluierungssysteme sowie eine stärkere Verankerung der Lehre in der Personalentwicklung sind weitere Anstöße. Insgesamt muss eine Aufwertung der Lehre erfolgen. Lehrverpflichtungen sind nicht so heraufzusetzen, dass Lehre und Forschung sich nahezu ausschließen.

Wissenschaft in Deutschland ist durch eine starke „Versäulung“ gekennzeichnet, die universitäre und außeruniversitäre Wissenschaft voneinander trennt. Auch wenn ein direkter Wettbewerb zwischen den „Säulen“ bisweilen wünschenswert ist: Die Kooperation sollte mit Blick auf Forschung und Lehre verbessert werden. Die Arbeitsverträge an Forschungseinrichtungen sind um einen klar definierten Lehranteil zu ergänzen. Fachhochschulen wiederum müssen neben der Lehre auch in ihrer speziellen Stärke – der anwendungsorientierten Forschung – bestätigt und unterstützt werden.

Die Hochschulen sollen attraktive und international wettbewerbsfähige Einrichtungen werden. Ein wichtiger Schritt dahin war die Ausweitung ihrer Autonomie. Viele Entscheidungen werden nun vor Ort getroffen und die staatliche Detailsteuerung verringert sich. Auch außeruniversitäre Einrichtungen müssen zukünftig mehr Spielräume erhalten.

Die öffentliche Forschungsförderung nimmt einen großen Raum ein. Die Vergabe öffentlicher Mittel unterliegt immer strengeren Anforderungen als die Vergabe privater Mittel. Die Aufgabe der Forschungspolitik lautet: weniger Bürokratie, mehr Vertrauen in die und mehr Geduld mit der Wissenschaft. Die Vorgaben müssen deutlich stärker dem realen Ablauf von Forschungsprozessen angepasst werden. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen sich wiederum verpflichten, die entsprechenden Programme unbürokratisch zu verwalten und sie zielgerichtet und effizient durchzuführen. Beides muss noch besser gelingen als bisher. Das Prinzip Vertrauen sollte über dem Prinzip Kontrolle stehen. Insgesamt: weniger Vorgaben zur Verwendung der Mittel und längere Intervalle zur Wiederbeantragung.

Autonomie ist allerdings kein Selbstzweck. Der staatliche Geldgeber muss hier klare, überprüfbare Leistungsaufträge und verbindliche Vorgaben an die Hochschulen richten: Die Sicherstellung einer ausreichenden Grundausstattung und die Umsetzung von Mechanismen der Selbstkontrolle und Evaluation gehören dazu. Der mit der Autonomie intensiver werdende Wettbewerb zwischen den Hochschulen darf außerdem nicht zu einer Minimierung der Fächervielfalt führen. Sie ist Voraussetzung für interdisziplinäre Forschung. Diese muss gestärkt und ausgebaut werden.

Forschungspolitik hat also die Aufgabe, die Koordination des Gesamtsystems sicherzustellen. Dies ist gerade im deutschen föderalen System ein schwieriges Unterfangen. Die Abstimmung und Verständigung zwischen den Bundesländern funktioniert nicht immer optimal. Ein Ort gemeinsamer verbindlicher Entscheidungen muss daher die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) sein.

„Wer besonders gut lehrt, muss dafür endlich auch belohnt werden.“

Kai Gehring MdB

ist Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

Zukunftsorientiert: Forschung fördern

Forschung ist die ständige Suche nach Neuem. Wie kann eine verantwortungsvolle Forschungspolitik inhaltliche Schwerpunkte setzen und die Qualität von Forschung fördern? Wissenschaft und Politik stehen vor der Herausforderung, Projekte voranzubringen, die gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Fragestellungen auch mit Blick auf zukünftige Generationen beantworten.

Der Staat wirkt mit der Vergabe öffentlicher Fördergelder richtungsweisend. Wir wollen zukunftssträchtige neue Forschungsfelder stärken. Die bisherigen Schwerpunkte in der Agrogentechnik, Energie- und Sicherheitsforschung müssen überprüft werden. Denn gesellschaftliche Interessen wie Gesundheit, Erhalt der Biodiversität, nachhaltiger Klimaschutz und der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt kommen zu kurz. Wir setzen uns darüber hinaus für einen minimierten Ressourcenverbrauch ein. Daher dürfen Energie-, Mobilitäts- und Ressourcenforschung nicht nur an kurzfristigen Zielen ausgerichtet sein. Öffentliche Fördermittel müssen in anwendungsbezogene Forschung und in die Grundlagenforschung fließen.

Der Schwerpunkt öffentlicher Forschungsförderung liegt für uns in den unmittelbaren Förderungsformen: Grundfinanzierung von Forschungseinrichtungen und wettbewerbliche Programmförderung. Nur diese garantieren einen demokratischen und transparenten Entscheidungsprozess über Forschungsschwerpunkte und eine öffentliche Rechtfertigungspflicht über Fortschritte und Resultate. Mittelbare Förderinstrumente sind unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll. So bieten befristete steuerliche Förderungen kleinen und mittleren Unternehmen und StartUps Anreize für Forschung und Entwicklung. Oft nehmen sie an Förderprogrammen nicht teil, weil der bürokratische Aufwand zu hoch ist. Potenziale bleiben auch ungenutzt, wenn Forschung die Genderperspektive ausblendet. Dabei lassen sich mit Methoden der Genderforschung mehr Qualität und Exzellenz erreichen. Deshalb muss der Bund bei der Vergabe von Forschungsmitteln und in der eigenen Ressortforschung sicherstellen, dass genderrelevante Perspektiven und Fragestellungen integriert werden.

Transparent: Einsichten ermöglichen

Die Forschungsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie ist in Deutschland durch die Verfassung geschützt. Zwischen diesem und anderen Grundrechten wie der Menschenwürde, dem Recht auf körperliche Unversehrtheit und dem umfassenden Schutz personenbezogener Daten gilt es ständig abzuwägen. Wenn die Mittel aus staatlichen Haushalten stammen, wird von den Forschenden außerdem die Offenlegung der Ergebnisse, der Leitfragen und Methoden der Forschung erwartet. Das gesellschaftliche Interesse daran steigt in dem Maß, in dem Forschung Folgen für die Gesellschaft hat.

Wir halten Transparenz für das zentrale Medium der Verantwortlichkeit in der Forschung. Wenn sich Forschung verständlich macht und als wichtig empfundene Fragen offen und kontrovers diskutiert werden, trägt das zur Legitimation bei. Redlichkeit und begriffliche Präzision sind dabei einzufordern. Auch Forschungspolitik ist auf einen solchen Diskurs angewiesen. Denn sie muss immer wieder über Prioritäten, Freiheiten und Grenzen entscheiden. Auch um die Qualität von Forschung bewerten und sichern zu können, braucht es Transparenz. Forschungsqualität wird nach internationalen Maßstäben beurteilt. Offene wie auch anonyme Begutachtungsverfahren haben jeweils Stärken und Schwächen. Deswegen wollen wir keine Verfahrensart generell vorgeben oder festschreiben. Zentral ist es, dass die Ergebnisse der Evaluation offen gehandhabt werden. Und sie müssen im Positiven wie im Negativen zu Konsequenzen führen. Für Beschwerdefälle über Verfahren oder Beurteilungen sollten alle Einrichtungen ein transparentes Schieds- oder Ombudsverfahren installieren.

Eine wichtige Rolle kommt darüber hinaus der Technikfolgenabschätzung zu. Wir wollen dieses Instrument vor allem mit Blick auf neue und politisch oder gesellschaftlich sensible Bereiche ausbauen. Auch die Risikoforschung darf nicht der Anwendung neuer Techniken nachlaufen, sondern muss sie von Beginn an begleiten. Dazu sollen Informationsstellen eingerichtet werden, die die Ergebnisse der Risikoforschung und Technikfolgenabschätzung öffentlich zugänglich machen und den internationalen Austausch darüber sicherstellen.

Verantwortlich: Grenzen (an)erkennen

Neugier und Forschungsdrang kennen keine Grenzen, müssen aber immer eng mit kritischer Reflexion einhergehen. Jede Gesellschaft hat grundlegende Maximen, die der Forschung Schranken setzen. An erster Stelle steht der Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte. Nicht nur in der Medizin, den Lebenswissenschaften und der Biotechnologie ist ein verantwortlicher Umgang mit Menschen unerlässlich. Auch der Schutz von Umwelt und Tieren macht Grenzziehungen für die Forschung nötig. Sich der Auswirkung ethisch bedeutsamer Entscheidungen auf zukünftige Generationen bewusst zu sein, bleibt ebenso eine wichtige Aufgabe.

Die wissenschaftliche Gemeinschaft ist in der Pflicht, ihre Arbeit eigenverantwortlich zu hinterfragen. Weltweit riskieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Existenz für die Wahrheit und die Aufklärung von Täuschungen. Diese Hinweisgeber setzen sich – oft ohne Rücksicht auf die eigene Karriere – gegen Missstände wie Korruption oder die Gefährdung der Gesundheit von Mensch und Umwelt ein. Wir wollen umfassende Schutzmaßnahmen im deutschen Wissenschaftssystem zugunsten von Forschenden, die ihre Verantwortung ernst nehmen.

Die Selbstkontrolle der Forschung ersetzt nicht die gesellschaftliche Verantwortung. Ethische Diskurse in der Öffentlichkeit, in den Medien, an Hochschulen und in Ethik-Gremien sind nötig. Gesellschaft und Politik müssen sich verständigen, ob und wie bestehende Regeln zu verändern sind. Konkrete Kriterien sind zu vereinbaren. Die Verfassung gibt bereits einen Rahmen vor. Hinzu kommen europäische und internationale Standards, die dem Missbrauch von Forschung entgegenwirken. Ansätze der Vereinheitlichung im Rahmen von Europarat oder UNESCO dürfen aber nicht dazu führen, national wirksame Schutzregelungen zu unterlaufen.

Jungen Menschen muss schon im Studium das gesamte Spannungsfeld von Neugier und Verantwortung vermittelt werden. Neugier auf abstrakte Ethik und ihre konkrete Umsetzung muss früh und kontinuierlich gestärkt werden. Das braucht Zeit, Raum und Engagement in der Hochschulausbildung, die die Forschungspolitik der Wissenschaft abverlangen muss.

Innovativ: Potenziale entfalten

Forschung schafft neue Erkenntnisse. Sie führt zur innovativen Weiterentwicklung von Technik und Ökonomie. Sie liefert Antworten auf nationale und internationale gesellschaftliche Probleme: In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts sind das Know-how und die Innovationskraft einer Gesellschaft zu den wichtigsten Ressourcen geworden.

Wissen, Erfahrung und Kreativität sind jedoch nicht käuflich, sondern müssen wachsen und sich herausbilden. Daher ist die beste Forschungs- und Technologiepolitik nichts wert ohne die richtige Bildungspolitik. Auch die Vernetzung von Forschung entscheidet über das Potenzial einer Wissensgesellschaft. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, Ziele vorzugeben und Anreize zu schaffen. Denn Innovationen lassen sich nicht verordnen, nur unterstützen. Wir wollen politische Rahmenbedingungen schaffen, in denen es sich lohnt, Neues zu denken und auszuprobieren. Hierzu gehört auch eine breite Grundlagenforschung.

Die wichtigsten Potenziale der deutschen Wirtschaft liegen im Bereich hochtechnologischer und damit innovationsintensiver Produkte und Dienstleistungen. Diese Güter erfordern einen hohen Forschungsaufwand. Erfolge sind vor allem da zu verzeichnen, wo örtlich konzentriert über mehrere Produktionsstufen hinweg zusammengearbeitet wird.

Schwierigkeiten bereitet vorwiegend die Umsetzung von Ideen und Innovationen in marktfähige Produkte: „In Deutschland erdacht – woanders gemacht“ darf nicht länger den Zustand der deutschen Erfindungs- und Entdeckungslandschaft beschreiben. Forschungspolitik muss gleichermaßen die Innovations- und die Umsetzungsfähigkeit fördern. Hierzu gehört auch, die vorhandenen Schnittstellen besser zu nutzen und die

Kooperation zwischen universitärer wie außeruniversitärer Forschung und Industrie auszubauen. Eine gute Wirtschaftspolitik wiederum kann den Transfer aus der Forschung in die Wirtschaft unterstützen.

Die Forschungsleistungen der privaten Wirtschaft sind die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Innovationen. Aufgabe der Forschungspolitik ist es, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Privatwirtschaft noch stärker als bisher in Forschung und Entwicklung investiert. Dazu gehört die Investition in leistungsfähige und forschungsstarke Hochschulen als noch attraktivere Partner für Unternehmen. Dies ist ein wichtiger Baustein, um die Lücke zwischen exzellenter Forschungsleistung und der Umsetzung in marktfähige Produkte zu schließen.

Menschen mit innovativen Geschäftsideen und -konzepten stoßen immer wieder auf Vorbehalte bei Banken und Behörden. Risiko- und Beteiligungskapital werden nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt. Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationskraft werden so gebremst. Die Möglichkeiten der Mikrofinanzierung sollten daher erweitert werden. Hierbei handelt es sich um Klein- und Kleinstkredite für Unternehmensgründungen. Ziel: eine schnelle und unbürokratische Finanzierung von Ideen.

Dem deutschen Wissenschaftssystem fehlt ein Ort des Austausches über Vorhaben und konkrete Strategien. Wir wollen durch ein Forum für Forschungsförderung die Kooperation innerhalb der Wissenschaft verbessern und so die Effizienz der eingesetzten öffentlichen Mittel erhöhen. Dieses Forum soll dazu beitragen, die Kriterien und Verfahren wissenschafts- und forschungspolitischer Entscheidungen nachvollziehbarer zu machen. So wollen wir das Interesse in Fachkreisen und der breiten Öffentlichkeit sowie auch die Legitimationskraft forschungspolitischer Entscheidungen steigern.

„Innovationsprozesse brauchen klar definierte Richtungen und Zielsetzungen; sind sie nur auf Technologien bezogen, laufen sie meist ins Leere. Wir Grüne wollen eine ökologische Modernisierung und geben dem Innovationsprozess so eine entscheidende Richtung.“

Fritz Kuhn MdB

ist Fraktionsvorsitzender

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Priska Hinz MdB, Sprecherin für Forschungspolitik, Arbeitskreis 5: Wissen und Generationen, 11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Neugier und Verantwortung (Fraktionsbeschluss 12.02.2008)

Un(i)gerecht. Hochschulpolitik (Flyer 16/117)

Bundestagsdrucksachen:

16/8221 Mehr Qualität durch mehr verantwortliche Selbststeuerung und Kooperation

16/8211 Gute Lehre an allen Hochschulen gewährleisten, herausragende Hochschullehre prämiieren

16/9104 Wissenschaft als Beruf attraktiver machen

16/8753 Gleichstellung und Genderkompetenz als Erfolgsfaktor für mehr Qualität und Innovation in der Wissenschaft

16/7115 Nanotechnologie – Forschung verstärken und Vorsorgeprinzip anwenden

16/5899 Innovationsfähigkeit stärken durch Bildungs- und Forschungsoffensive

Links zum Thema:

www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Forschung

www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Bioethik